



Marburg, 04.12.2025

Ort, Datum

Eingang:

TOP:

Einzelabgeordneter Dr. Frank Michler
- gewählt über die Liste Bürgerliste Weiterdenken (WDMR)
Einzelabgeordnete Jacklin Moldenhauer-Dersch
- gewählt über die Liste BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lfd.Nr.

Dringlichkeitsantrag zur Kreistagssitzung am 12.12.2025

Resolutionsantrag der Einzelabgeordneten Dr. Frank Michler, gewählt über die Liste Bürgerliste Weiterdenken (WDMR) und Jacklin Moldenhauer-Dersch
- gewählt über die Liste BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend:

„Nein zu politischer Gewalt – Rückbesinnung auf Meinungsfreiheit und demokratischen Diskurs“

Beschluss:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

„Wir verurteilen den gewaltsamen Angriff auf Julian Schmidt, ein Mitglied unseres Kreistages. Am 29.11.2025 hatten etwa 20 Gewalttäter Julian Schmidt auf dem Weg zur Gründungsversammlung einer Partei-Jugendorganisation tödlich angegriffen. Der Angriff erfolgte im Rahmen von Protestveranstaltungen, deren öffentlich erklärtes Ziel es war, eben jene Gründungsversammlung zu verhindern. Mit Straßenblockaden wurde versucht, den Zugang zum Veranstaltungsort abzuriegeln und damit die Anreise der Teilnehmer der Gründungsversammlung zu unterbinden.

Der Angriff war damit nicht nur ein Angriff auf die körperliche Unversehrtheit und die Freiheit der Person (Art 2 Abs 2 GG), sondern auch auf die Versammlungsfreiheit (Art 8 GG), die Vereinigungsfreiheit (Art 9 GG) sowie das Gewaltmonopol des Staates.

Der Kreistag ist äußerst besorgt über das in diesem Angriff sichtbar werdende fehlgeleitete Verständnis der Versammlungsfreiheit. Diese umfasst zwar selbstverständlich das Recht, gegen eine Gründungsversammlung zu protestieren und diese öffentlich zu kritisieren, nicht jedoch das Recht, diese zu verhindern und damit die Grundrechte anderer auszuhebeln.

Der Kreistag verurteilt auch die gewaltsamen Angriffe auf Pressevertreter, die über die Proteste berichten wollten.

Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit sind wesentliche Grundpfeiler eines demokratischen Rechtsstaates, denn sie ermöglichen den demokrati-

schen Diskurs. Wer im Namen der Demokratieverteidigung diese Grundrechte angreift und untergräbt, ist daher ein Verfassungsfeind und kein Verteidiger der Demokratie.

Dass auch in Marburg-Biedenkopf Extremisten massiv zu den Blockadeaktionen aufgerufen haben, macht uns besorgt um die politische Kultur in unserem Landkreis.

Der Kreistag appelliert an alle politischen Akteure, sich wieder auf den zivilisatorischen Fortschritt zu besinnen, der damit verbunden ist, dass wir Meinungsverschiedenheiten mit Worten statt mit Gewalt austragen.“

Begründung:

Demokratischer Diskurs konstituierend für die FDGO

Der Demokratische Diskurs ist die Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO). Während gesellschaftliche Interessenskonflikte und Meinungsverschiedenheiten in autoritären und totalitären Staaten mit Gewalt „geklärt“ werden, ist es ein unschätzbarer gesellschaftlicher Fortschritt, dass wir dies mit Worten und demokratischen Prozessen tun. Im Grundgesetz wird daher der demokratische Diskurs in mehreren Artikeln geschützt:

- Art 5 GG: Meinungs- und Pressefreiheit
- Art 8 GG: Versammlungsfreiheit
- Art 9 GG: Vereinigungsfreiheit

Zudem wird dem Staat das Gewaltmonopol übertragen, u.a. um die Ausübung dieser Grundfreiheiten zu gewährleisten.

Wer jedoch im Namen der Demokratierettung und mit dem Verweis auf die Versammlungsfreiheit versucht, die Versammlungsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit anderer zu untergraben, verkennt die Grundidee der FDGO oder arbeitet bewusst gegen sie.

Auch der Hessische Innenminister Roman Poseck hat dies in einem Statement am 29.11.2025 zutreffend angesprochen:

"Und darüber hinaus gibt es von Teilen der Demonstranten ein völlig falsches Rechtsverständnis, wenn sie sich das Recht ausnehmen, Blockaden durchzuführen. Dieses Recht steht ihnen nicht zu, und es ist Sache der Polizei, hier den Rechtsstaat durchzusetzen.“ [1]

Protestziel: Verhinderung einer Gründungsversammlung

Anlässlich der Gründung einer Parteijugendorganisation der AfD am 29.11.2025 hatte das „Bündnis Widersetzen“ bereits viele Wochen im Voraus Protestaktionen angekündigt. Das erklärte Ziel dieser geplanten Proteste war nicht nur eine Meinungskundgabe, sondern die Verhinderung der Gründung der AfD-Jugend.

So hieß es z.B. in einer Einladung vom 07.10.2025 zu Infoveranstaltungen in Marburg in Waggonhalle, KFZ und Café Trauma:

*„Du willst gemeinsam mit uns die **Neugründung der AfD Jugend verhindern** aber weißt noch nicht genau wie?“*

widersetzen Marburg

Save the date!

widersetzen
Infoveranstaltungen

03.11. 19:00 - Waggonhalle

11.11. 19:00 - KFZ

27.11. 19:00 - Café Trauma

Wann?
am Montag, den 3. November in der Waggonhalle
am Dienstag, den 11. November im KFZ
am Donnerstag, den 27. November im Café Trauma
👉 der Start ist jeweils um 19 Uhr

Wir stellen uns am 29. und 30.11. gemeinsam gegen die AfD und ihren Gründungskongress einer neuen Jugendorganisation. Wir gehen in Gießen auf die Straße um uns gegen rechte Umsturzphantasien und rückschrittsgewandte Politik zu wehren. Denn wir wollen kein Familienbild von vorgestern, sondern das genaue Gegenteil: Freiheit und Vielfalt, soziale Sicherheit und gleiche Rechte für alle, egal wie wir aussehen und woher wir kommen! ❤️💜

🔥 2

t.me/widersetzenmr/13 1.61K 👁 Oct 7 at 14:13

*Dann komm zu einer unserer drei Infoveranstaltungen, ...“
[2]*

Ebenso ging bereits aus dem „Aktionskonsens“ des „Bündnis Widersetzen“ klar hervor, dass es bei den Protesten primär darum ging, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit anderer Grundrechtsträger einzuschränken:

„Aktionskonsens:

*Die Gründung des neuen AfD-Jugendverbands am 29./30.11.2025 in Gießen **darf nicht stattfinden. Zu diesem Zweck werden in Gießen Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen des Zivilen Ungehorsams stattfinden.***

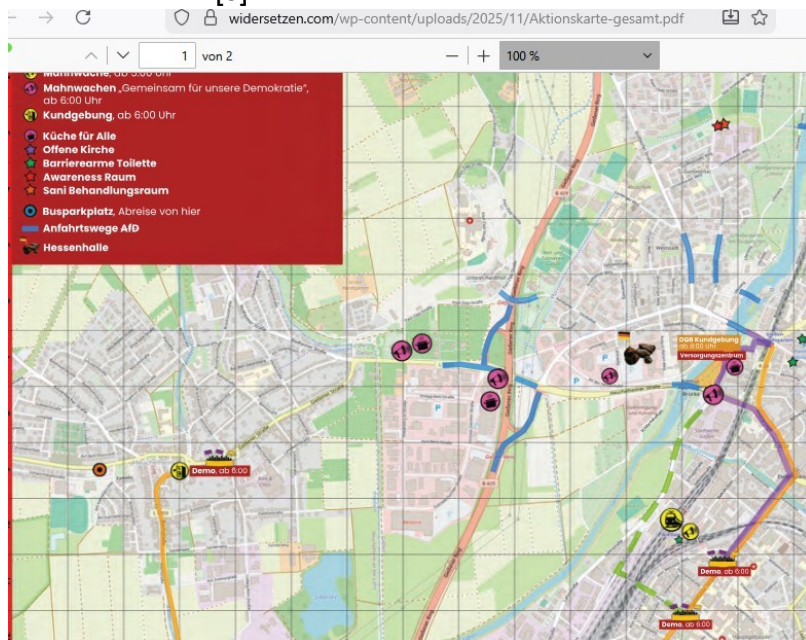
*Wir werden uns zu Tausenden vor den Zugängen und Zufahrten der Hessenhalle versammeln und **nicht freiwillig Platz machen.**“ [3]*

Rechtslage: Grobe Versamlungsstörungen sind Straftaten

Sowohl das bundesweite Versammlungsgesetz als auch das Hessische „Versammlungsfreiheitsgesetz“ legen unmissverständlich fest, dass grobe Störungen von Versammlungen verboten und strafbar sind [4]. Bereits die Vorbereitung und Mobilisierung der Demonstrationen gegen die Gründung der AfD-Jugendorganisation am 29.11.2025 waren daher erkennbar auf Rechtsverletzungen und strafbare Tatbestände ausgerichtet.

Detaillierte Planung und Koordination von Versamlungsstörungen

Die am 29.11.2025 durchgeführten Straßenblockaden waren keine Spontandemonstrationen, sondern wurden über die Website widersetzen.com sowie dazugehörige Social-Media-Kanäle und Gruppen detailliert geplant und vorbereitet. Dazu wurden „Aktionskarten“ mit Vermerk der „Anfahrtswege AfD“ veröffentlicht [5].



Über einen „Ticker“ wurden Blockadeaktionen und Durchbrüche durch Polizeiabsperungen in Echtzeit koordiniert und Teilnehmer für Blockaden angefordert [6]. AfD-Mitglieder werden von den Blockade-Organisatoren durchweg als „Faschos“ oder „Faschist*innen“ bezeichnet. Damit wurde für die Blockade-Teilnehmer eine psychologische Rechtfertigung von Rechtsbrüchen und Gewaltanwendung aufgebaut.

Angriff auf Mitglied des Kreistages Julian Schmidt

In diesem Kontext systematisch geplanter Straftaten nach §7 und §25 HVersFG kam es in Heuchelheim um 8:30 Uhr zu einem Angriff auf Julian Schmidt, Mitglied des Kreistages Marburg-Biedenkopf und Mitglied des Bundestages.

Er sei nach dem Abstellen des Autos in der Nähe der Halle von rund 20 Leuten angegriffen worden. [7]

In dem auf X veröffentlichten Video des Angriffs hört man die Angreifer „*alerta, alerta, antifascista*“ und „*Ihr Drecks-Faschos – verpisst Euch von hier! Haut bloß ab!*“ rufen [8].

Der Angriff steht damit in unmittelbarem Zusammenhang mit den vom „Bündnis Widersetzen“ organisierten Aktivitäten zur Verhinderung der Gründungsversammlung der AfD-Jugendorganisation. Es handelt sich daher nicht nur um einen gewaltsamen Angriff auf einen Mandatsträger, sondern auch um einen Angriff auf die Versammlungsfreiheit sowie die Vereinigungsfreiheit.

Es ist erschreckend, dass sich die Angreifer vermutlich sogar im Recht wähnen, weil sie glauben, damit eine vermeintliche Entwicklung hin zu einem neuen Faschismus zu verhindern, während sie stattdessen durch den Angriff auf grundgesetzlich geschützte Rechte einen neuen Totalitarismus sogar befördern.

Angriffe auf Pressevertreter

Auf den Demonstrationen kam es auch zu Angriffen auf Pressevertreter. Das Team von Maximilian Tichy wurde von zum Teil maskierten Demoteilnehmern und sogar von einer Frau, die sich als Versammlungsleiterin der DGB-Demo ausgab, aufgefordert, die Demo zu verlassen. Ein klarer Verstoß gegen §6 (4) des Hessischen Versammlungsfreiheitsgesetzes [4]. Danach wurden Tichy und sein Team als „Nazis“ beschimpft und tätlich angegriffen. Unter „Nazis raus!“-Rufen wurden sie gejagt und der Kameramann geschlagen [9, 10, 11].

Auch das Team von Paul Ronzheimer wurde bedrängt und eingekesselt, nachdem von der Bühne aus über Lautsprecher auf sie aufmerksam gemacht wurde [12]. Auch sie wurden mit „Nazis raus!“-Rufen beschimpft und schließlich von der Polizei aufgefordert, ihre Dreharbeiten abubrechen. Die Polizei schätzte offenkundig das Verhalten der Versammlungsteilnehmer so ein, dass die Situation bei Fortsetzung der Dreharbeiten weiter eskalieren würde.

In beiden Fällen zeigte sich sowohl ein fehlender Respekt vor der Pressefreiheit als auch mit der inflationären Beschimpfung politischer Gegner als „Nazis“ eine erschreckende Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus.

Marburger Extremisten beteiligt

Bereits im August 2025 berichtete die OP von der Beteiligung Marburger Extremisten am geplanten Protest. Bereits in diesem Bericht wurde die rechtswidrige Zielsetzung der Proteste klar benannt:

„Das Treffen darf nicht stattfinden“, nennt Sander als Ziel. [13]

und in Pressestatements von „widersetzen“ vom 29.11.2025 erneut bekräftigt [14].

Im Nachgang der Gießener Ereignisse wurden sogar die Fassade eines Marburger Hotels mit Parolen und Drohungen beschmiert:

Zu lesen war: "Kein Schlafplatz für Faschos", "Das nächste Mal fliegen Steine" sowie die Zahl 161. Diese verweist häufig auf den 1. und 6. Buchstaben im Alphabet und gilt als Chiffre für "Antifaschistische Aktion". [15]

In diesen Ereignissen zeigt sich eine Erosion der politischen Kultur in unserem Landkreis. In Sprüchen wie „*Wir setzen das AfD-Verbot auf der Straße durch*“ zeigt sich ein fatales Selbstverständnis von Aktivisten, die Rechtsstaat und Demokratie angreifen, weil sie glauben, damit die Demokratie zu verteidigen.



Demokratie und Rechtsstaat werden jedoch nicht gerettet, indem man den politischen Gegner zum Unmenschen erklärt und damit aus dem Diskurs ausschließt.

Daher ist es wichtig, die politische Kultur im Landkreis wieder in eine Richtung zu lenken, in der Konflikte und Meinungsverschiedenheiten mit Worten ausgetragen werden, statt mit Fäusten.

Quellen:

[1] WELT, 29.11.2025, Statement von Innenminister Roman Poseck
https://www.youtube.com/watch?v=oZ1W1as4e_0

[2] Ankündigung von Info-Veranstaltungen zur Vorbereitung von Blockaden in Telegram-Beitrag vom 07.10.2025
<https://t.me/widersetzenmr/13>

[3] Aktionskonsens von „widersetzen“

„Aktionskonsens:

*Die Gründung des neuen AfD-Jugendverbands am 29./30.11.2025 in Gießen **darf nicht stattfinden. Zu diesem Zweck** werden in Gießen **Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen** des Zivilen Ungehorsams stattfinden.*

Wir werden uns zu Tausenden vor den Zugängen und Zufahrten der Hessenhalle versammeln und nicht freiwillig Platz machen.“

<https://widersetzen.com/about/#aktionskonsens>

[4] Hessisches Versammlungsfreiheitsgesetz

<https://www.lexaris.de/book/version/documentflat/head/1325352>

§ 6 Befugnisse der Versammlungsleitung, Pflichten der teilnehmenden Personen

...

(4) Die Versammlungsleitung einer öffentlichen Versammlung darf die Anwesenheit von Pressevertreterinnen und Pressevertretern, die sich als solche gegenüber der Versammlungsleitung oder den Ordnerinnen und Ordnern ausgewiesen haben, nicht unterbinden.

§ 7 Störungsverbot, Aufrufverbot

(1) Es ist verboten, eine Versammlung mit dem Ziel zu stören, deren ordnungsgemäße Durchführung zu verhindern.

§ 25 Straftaten

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer in der Absicht, eine nicht verbotene Versammlung zu verhindern oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder eine erhebliche Störung der Ordnung der Versammlung verursacht

[5] Aktionskarte auf widersetzen.com

<https://widersetzen.com/wp-content/uploads/2025/11/Aktionskarte-gesamt.pdf>

[6] Aktions-“Ticker“ zur Koordination von Blockaden auf Telegram
https://t.me/widersetzen_ticker

[7] Bericht über Angriff auf Julian Schmidt im OP-Liveticker, 29.11.2025,
 Katharina Kaufmann-Hirsch und Nadine Weigel

*Nach Weidels Angaben wurde am Rande der Proteste der AfD-Bundestagsabgeordnete **Julian Schmidt** „zusammengeslagen“.*
*Der Bundestagsabgeordnete selbst bestätigte der dpa einen Angriff. Er sei nach dem Abstellen des Autos in der Nähe der Halle **von rund 20 Leuten angegriffen worden**. Die „Junge Freiheit“ postete bei X ein Video, das den Vorfall zeigen soll. Dieses sei authentisch, sagte Schmidt der Deutschen Presse-Agentur. Blaue und rote Flecken auf Nase und Jochbein seien Folgen des Angriffs. Er sprach von einer neuen Qualität der Konfrontation. Das sei das Resultat, wenn man bewusst aus dem demokratischen Spektrum herausgedrängt werde.*
*Die Polizei sagte, ein AfD-Bundestagsabgeordneter sei in Heuchelheim, einer Nachbargemeinde von Gießen, verletzt und **der mutmaßliche Täter festgenommen worden**. Die Ermittlungen liefen. Weitere Details und den Namen des Betroffenen nannte die Polizei nicht.*
 (dpa)

Lasse Schneider

<https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/marburg/afd-jugend-in-giessen-liveticker-zu-protesten-und-neugruendung-W3JIXLWSQFBRFFFZ4WCR3AGMCE.html>

[8] Video des Angriffs auf Julian Schmidt auf X
<https://x.com/jungefreiheit/status/1994710397232742876>

[9] Video vom Angriff auf Maximilian Tichy und sein Team
<https://www.youtube.com/watch?v=MBxA6Csear4>

[10] Maximilian Tichy berichtet bei Apollo News über den Angriff auf sein Team
<https://www.youtube.com/watch?v=2j3kwzydgDs&t=4m>

[11] DGB-Versammlungsleiterin zu Tichy: „Ich will Dich dieser Versammlung verweisen“
<https://www.youtube.com/watch?v=2qYdu4o9jkc&t=2m>

[12] Tweet von Paul Ronzheimer
<https://x.com/ronzheimer/status/1995087246442037398>

„Über Lautsprecher wurde schließlich **von einer Bühne aus** verkündet, dass Paul Ronzheimer vor Ort sei und Interviews führe. Die Demonstrierenden wurden daraufhin **von einem Sprecher** aufgefordert, „Lärm“ gegen uns zu machen. In der Folge sammelten sich immer mehr Menschen um unser Team und mich; zeitweise bildeten sie einen regelrechten Kessel. Demonstrierende riefen uns „Hau ab!“, „**Nazis raus!**“ und „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda“ entgegen. Nachdem wir das Zentrum der Proteste an der Adenauerbrücke verlassen hatten, **folgten uns mehrere hundert Demonstrierende** weiterhin die Straße entlang, skandierten Parolen und wurden zunehmend aggressiver. Mehrere **Polizistinnen und Polizisten mussten unser Team schützen** und forderten uns aufgrund der **eskalierenden Sicherheitslage** auf, die Dreharbeiten abubrechen. Andernfalls würden sie uns einen **Platzverweis** erteilen müssen.“

[13] OP, 27.08.2025, Stefan Dietrich: AfD-Nachwuchs-Gründung in Mittelhessen: „Das Treffen darf nicht stattfinden“

„In Marburg wird es eine große Beteiligung am bunten und entschlossenen Protest gegen die Neugründung der rechtsextremen AfD-Jugend geben“, teilt auf Nachfrage die Interventionisti-

sche Linke Marburg mit, die auf der Internetseite von Widersetzen als Kontakt für Marburg angegeben wird.

...

... die Interventionistische Linke, die vom hessischen Verfassungsschutz als linksextremistisch eingeschätzt wird.

<https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/marburg/giessen-protest-auch-aus-marburg-gegen-afd-gruendungsversammlung-polizei-befuerchtet-gewalt-GFKKDKVMDBCE3G2FGTS5GS3JV4.html>

<https://archive.is/cK2Bw>

[14] Pressemitteilung von „widersetzen“ vom 29.11.2025:

„Seit dem frühen Morgen blockiert das Aktionsbündnis widersetzen erfolgreich alle wichtigen Zufahrtswege zu dem Veranstaltungsort des Gründungstreffens der AfD-Jugend. ... Diese Gründung darf nicht stattfinden!“

<https://widersetzen.com/16-blockaden-behindern-zufahrtswege-zum-gruendungstreffen-der-afd-jugend-ueber-15-000-menschen-widersetzen-sich-der-afd/>

[15] hessenschau, 3.12.2025: „Das nächste Mal fliegen Steine“: Schmiererei mit Drohung an Marburger Hotel

<https://www.hessenschau.de/panorama/zusammenhang-mit-afd-treffen-schmiererei-mit-drohung-an-marburger-hotel-v1.drohung-hotel-marburg-100.html>

Unterschrift